

# Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt  
für Wahrheit, Recht und Freiheit  
mit Unterhaltungsbeilage Die illustrierte Zeit  
und Sonntagsbeilage Feierabend

**Wagnispreis:**  
Ausgabe A mit 2 Beilagen wöchentlich 2,10 M. In  
Sachsen durch Boten 2,40 M. In ganz Deutschland  
frei Haus 2,50 M.; in Oesterreich 4,45 K.  
Ausgabe B nur mit Feierabend beiliegend 1,90 M. In  
Sachsen durch Boten 2,10 M. In ganz Deutschland frei  
Haus 2,20 M.; in Oesterreich 4,07 K. — Einzel-Nr. 10 f.  
Wochenausgabe: 10 bis 11 Uhr vormittags.  
Die Ausgabe einpferdiger Briefkasten macht sich die Redaktion  
nicht verbindlich; Zustellung erfolgt, wenn Rückporto be-  
zahlt ist. Brieflichen Anfragen ist Antwortsporto beizufügen

**Regelungen:**  
Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familien-  
anzeigen bis 12 Uhr.  
Preis für die Zeitungsbeilage 20 f., im Restemittel 30 f.  
Für unentgeltlich gelieferte, sowie durch Fernsprecher aus-  
gegebenen Anzeigen können die Verantwortlichen für die  
Richtigkeit des Textes nicht übernommen.  
Geschäftsstelle und Redaktion Dresden, Goldschmiedestr. 41

Nr. 279      Fernsprecher 1366      Sonnabend, den 7. Dezember 1912      Fernsprecher 1366      11. Jahrg.

Unübertroffen an Haltbarkeit, da ohne Löt-  
löge. In verschiedenen Breiten und Größen  
vorrätig. Gravierung gratis.  
Neuheiten in Damen- und Herren-Ketten mit  
Garantie-Plomben. Halsketten, Medaillons,  
Ringe, Broschen, Manschettenknöpfe, Portrait-  
Schmuck usw.  
Größtes Lager. Reellste Bedienung.  
Umtausch nach dem Feste gern gestattet.  
Rudolf Meyer, Uhrmacher, Dresden-A., Wetzinerstr. 12, im Tivoli.



## Wochenschau

Der Volksschulgesetzentwurf ist in der Zweiten Kammer  
des sächsischen Landtages mit 61 nationallibe-  
ralen, fortschrittlichen und sozialdemokratischen Stimmen  
gegen 28 konservative Stimmen angenommen worden. Da-  
mit ist aber sein Schicksal durchaus noch nicht entschieden.  
Da die Erste Kammer ohne Zweifel Beschlüsse fassen wird,  
die von denen der Zweiten Kammer wesentlich abweichen,  
so muß das Vereinigungsverfahren stattfinden. Ueber die  
aus dem Vereinigungsverfahren sich ergebenden Beschlüsse  
wird dann in beiden Kammern wieder abgestimmt, und  
dann findet nochmals in jeder Kammer eine Gesamtstim-  
mung statt. Wenn auch dann die Kammern sich nicht  
einigen können, so kann der Entwurf noch so zum Gesetz  
werden, daß sich in der Zweiten Kammer keine Zweidrittel-  
mehrheit für die Verwerfung findet. Wenn von den 91 Ab-  
geordneten der Zweiten Kammer weniger als 60 für die  
Verwerfung stimmen, dann würde der Entwurf trotz allem  
zum Gesetz werden. Es ist wahrscheinlich, daß durch das  
Schweigen von einigen Liberalen die Zweidrittelmehrheit  
der „Verwerfung“ nicht zustande kommen wird.

Eine schwere Enttäuschung hat dem katholischen deut-  
schen Volk der Bundesratsbeschl. im Jesuitengesetz  
bereitet. Dem Bundesrat lag ein bayrischer und ein  
preussischer Antrag auf Interpretation des Begriffs der  
Ordnungstätigkeit vor. Der Bundesrat hat den bayrischen  
Antrag abgelehnt und den preussischen angenommen, wo-  
nach den Jesuiten nur das Lesen stiller Messen, die Primiz-  
messe und das Spenden der Sterbesakramente, sowie wissen-  
schaftliche Vorträge nicht religiöser Natur erlaubt sind. Die  
deutschen Katholiken empfinden diesen Bundesratsbeschl.  
mit Recht als eine Brückierung und erheben Klagen  
gegen die Mißachtung und Heringschätzung des ka-  
tholischen Volkstums, die in diesem Beschl. zum Ausdruck  
kommen. Das katholische Volk ist sich bewußt, daß es bei  
den Vertretern seiner Interessen in den Parlamenten einen  
starken Rückhalt hat.

Im Reichstage hat denn auch der Zentrumsführer  
Abg. Spahn unter stürmischem Beifall seiner Fraktionsge-  
nossen die Erklärung abgegeben, daß das Zentrum unter  
den obwaltenden Umständen „zu Reichskanzler und Bundes-  
rat das Vertrauen nicht habe, daß die Bedürfnisse der Ka-  
tholiken im Deutschen Reich bei ihnen eine gerechte Be-  
handlung finden. Wir werden unser Verhalten dementspre-  
chend einrichten.“ Damit ist das Zentrum hart gewor-  
den und seine Wähler werden ihm für diese Haltung Dank  
wissen.

Auch ansonsten gab es im Reichstage im Laufe der  
Woche bedeutende Tage. Die Neuwahl des Präsidenten  
nahm den vorhergehenden Verlauf. Unter den bürgerlichen  
Parteien war es zu keiner Einigung über die Besetzung des  
Präsidenten gekommen und darum galt die Wiederwahl des  
bisherigen Präsidenten Dr. Kämpf als sicher. Mit den  
Stimmen der Sozialdemokraten, der Fortschrittler und der  
Nationalliberalen wurde Abgeordneter Kämpf wieder auf  
den Präsidentenstuhl erhoben, während die Konservativen  
einen eigenen Kandidaten wählten und das Zentrum und  
die Polen weiße Zettel abgaben. Eine sichere Mehrheit hat  
das neue Präsidium nicht hinter sich. Die ersten Tage der  
geonnenen Session brachten auch eine interessante Debatte  
über die auswärtige Politik. Der Reichskanzler hielt eine  
vorsichtige, wohl abgetragene Rede, in der er in Diplo-  
matischer Sprache über unsere auswärtige Politik sprach.  
Sie war getragen von hoffnungsvollem Optimismus, ent-  
behrte aber auch nicht erster Hinweise auf die noch immer  
nicht geschwundene Möglichkeit der Entstehung eines inter-  
nationalen Konfliktes. Eine besondere Betonung erhielt  
in der Kanzlerrede unsere Bereitschaft und Bereitwilligkeit,  
unseren Bundesgenossen zur Seite zu treten, wenn sie von  
dritter Seite angegriffen würden, und für unsere eigenen  
Interessen und für unsere Zukunft zu kämpfen. Zwei Tage  
lang währte die Debatte über die auswärtige Lage; mit be-  
sonderem Nachdruck wurde darin von den Rednern aller  
bürgerlichen Parteien unsere Bundespflicht hervorgehoben.

Der zweite Landtagswahltag in Württemberg hat  
der Linken neue Niederlagen gebracht, während die Stellung  
der Rechten weiter gefestigt wurde. Das Zentrum hat eben-  
so wie im Jahre 1906 keine 21 Bezirksmandate wieder.  
Der Bauernbund hat jetzt 17 Mandate inne, 5 mehr als 1906.  
Die Sozialdemokraten haben 2 Sitze gewonnen, sie haben  
es jetzt auf 13 gebracht. Die noch ausstehenden Proporz-  
wahlen dürften nach dem Stimmengabverhältnis ähn-  
lich ausfallen, wie beim letzten Wahlgange, so daß die  
Rechte verstärkt, die Linke geschwächt in den Landtag ein-  
ziehen wird.

Die internationale Lage ändert sich tagtäglich.  
Die offiziellen und offiziellen Stellen zwar leugnen es mit  
Beharrlichkeit, daß sich irgend welche Veränderungen im  
Laufe der vergangenen Woche ergeben hätten, und sagen, daß  
die Lage, wie der viel verwendete Ausdruck lautet, „statio-  
när“ geblieben sei. Wenn man sich bemüht, aus dem ver-  
worrenen Anwäl der aufplackernden, einander widerspre-  
chenden Meldungen die wenigen Fäden herauszufinden,  
deren Verlässlichkeit und Richtigkeit nicht angezweifelt wer-  
den kann, so findet man nicht viele; die man aber findet,  
lassen die Annahme berechtigt erscheinen, daß in der  
auswärtigen Situation eine kleine Besserung ohnehin ist,  
was immerhin unter den gegenwärtigen Umständen schon  
etwas bedeutet. Der entscheidende Schritt zu einer allge-  
meinen Entspannung liegt natürlich bei Serbien und bei  
seinem Protektor Rußland. Leider hat es die russische Re-  
gierung noch nicht an der Zeit gefunden in der serbischen  
Frage jene wünschenswerte klare unabweisliche Meinung  
auszusprechen. Während es auf der einen Seite heißt, daß

die offiziellen Kreise Rußlands Serbien zum Frieden und  
zur Nachgiebigkeit ermahnen, vernimmt man es wieder  
andererseits, daß dieselben Kreise gewillt sind, die serbischen  
Ansprüche nach einem adriatischen Hafen und einem Hin-  
terlande zu unterstützen. Diese unklare zweideutige Politi-  
k offenbart so recht drastisch und anschaulich, wie unbe-  
rechenbar die russische Politik ist. Die Politik Rußlands,  
die nicht so sehr vom Lebensinteresse dieses Reiches geleitet  
wird, als von nationalistischen Schlagworten, befindet sich  
freilich dermaßen in keiner günstigen Situation. Rußland,  
das sich bisher als der Protektor der kleinen Balkanstaaten  
gesehen und gefühlt hatte, muß nun wahrnehmen, daß mit  
der Erstarkung der Balkanvölker sein Prestige am Balkan  
immer mehr im Verfall begriffen ist. Bulgarien rückt  
von Rußland ab und Rußland argwöhnt andererseits in die-  
sem Staate den künftigen Beherrscher von Konstantinopel.  
Rumänien hält mit Oesterreich gute Freundschaft, in Al-  
banien hat Rußland von vornherein nichts zu suchen. So  
bleibt also nur mehr Serbien übrig, das auf sein Pro-  
tektorat vorläufig wenigstens Wert legt. Um nun sein  
Prestige am Balkan nicht ganz zu verlieren, sucht Rußland  
mit ziemlich drohender Gebärde den ungebildlichen und  
ungerschliffenen serbischen Ansprüchen zum Durchbruch  
zu verhelfen. Daß Rußland Ernst macht, ist schwer  
zu glauben. Dazu sind die inneren Verhältnisse des  
heutigen russischen Reiches doch ein wenig zu flau. In  
Finnland gärt es gewaltig, China rüstet, in Warschau  
harrt die revolutionäre Bewegung nur des geeigneten Mo-  
mentes, um einen Putsch gegen das zaristische Regime zu  
versuchen. Auf die Marine ist wenig Verlaß und die we-  
nigen verlässlichen und brauchbaren Truppen sind am  
nötigsten im Innern des Landes festst. Schließlich darf  
man auch nicht vergessen, weil es für den Geist in der rus-  
sischen Bevölkerung bezeichnend ist, daß bei der General-  
probe, bei den sogenannten Probemobilisierungen, nur 69  
Prozent der Wehrpflichtigen Folge geleistet haben. Jeden-  
falls wird sich Oesterreich durch das Gebahren der russischen  
Drabzieher in seinen Entschlüssen nicht beirren lassen.

Der Waffenstillstand auf dem Balkan ist  
unterzeichnet. Nur Griechenland, das fast ohne Widergehen  
zu seinen Siegen gekommen ist, sträubt sich noch; die  
griechische Regierung wird aber wohl oder übel auch an  
den Friedensverhandlungen teilnehmen müssen, die am 13.  
Dezember in London beginnen. Eine andere Frage ist es,  
ob dabei nicht die schon in Saloniki offen zutage getretene  
Uneinigkeit zwischen Bulgarien und Griechenland sich wie-  
der bemerkbar machen wird. Man wird sich wohl auf ein  
zähes Handeln und Felschen gefestigt machen müssen. Jeden-  
falls aber kann der Balkankrieg in der Hauptphase als be-  
endet angesehen werden und es wäre nur zu wünschen, daß  
auch die anderen schwerwiegenden Probleme, die dieser  
Kampf aufgerollt hat, bald zu einer befriedigenden Lösung  
gelangen möchten. Das wird allerdings wohl noch ein  
frummer Wunsch bleiben.

In Oesterreich ist die Lage durch das Gesetz über  
die Dienstleistungen in Kriegzeiten beherrscht, das den  
Ernst der auswärtigen Verhältnisse der Monarchie scharf

## Deutsche Politik

Von Germanus

„Weidlich brosch die Knüttelgarde der Preßrechte auf  
alle Los, welche noch dachten wie früher, welche noch wagten,  
ihre Meinung zu bekennen. Das Gerunterreihen,  
Zähmähnen und Verlästern aller hervortretenden Gegner kam  
an die Tagesordnung und machte deutlich wahrnehmbar,  
daß die Männer von selbständigem Urteil eingeschüchtert,  
zum Verstummen gebracht werden sollten. Um Gegen-  
sätze bemühte sich die herrschende Presse selten, mißfällige  
Vordrängungen wurden einfach auf „eingefleischten Hohn  
gegen Preußen“ geschoben, höhere Auffassungen als eng-  
lertzig und hämisch oder als phantastisch, kindlich, partikula-  
ristisch bezeichnet und es endlich für eine wahre Schande er-  
klärte, daß dergleichen aller großen Prinzipien bare Men-  
schen sich überhaupt noch äußern dürften!  
„War's gar ein in Preußen Geborener oder Ange-  
stellter, der sich vermah, einer unangenehmen Wahrheit die  
Ehre zu geben, so wurde er ob „unpatriotischer“ Auf-  
führung groß gerüffelt, wäre es selbst ein Konstantin Franz  
gewesen. Dieser letztere erwiderte: „Noch hat kein Moral-  
philosoph gelehrt, daß es zu den patriotischen Pflichten  
zähle, unter allen Umständen für recht und gut zu halten,  
was von dem Staate geschieht, dem man als Bürger ange-  
hört. Jedemfalls wäre solcher Grundsat mit der christlichen  
Religion ganz unvereinbar.“  
„Die „unverbesserlichen Achtundbvierziger“ waren be-  
sonders ein Stein des Anstoßes. Verzußern kann man  
sich auch ganz und gar nicht, daß die Bestrebungen des  
Jahres 1848, wenn sie nicht in Vergessenheit zu bringen

waren, von oben herunter besprochen werden mußten, so als  
ob die damals handelnden Männer im Vergleich mit den  
heutigen — den die Freiheit preisgebenden Akteuren der  
politischen Schaubühne — unreife Knaben gewesen wären.  
In der Gegenwart sei man herrlich weit: 1848 habe es sich  
um rohe Anfänge und törichte Ueberspannungen gehandelt.  
Beieferten sich doch auch mittelmäßige Professore, von  
ihrem Katheder herab ihre eigene Beschränktheit an den Tag  
zu bringen, indem sie (obgleich der Gegenstand ihrer Vor-  
träge gar nicht darauf hinführte) den Studenten von der  
Erbärmlichkeit der 48er vorredeten. Die wenigen übrigen  
standhaft gebliebenen Männer der alten Freiheitspartei  
wurden in der Presse als „trübe Köpfe“ geschildert, von  
ihrem „radikalen Philistertum“ wegwerfend gesprochen und  
bedauert, daß Leute wie Kolb und Vogt sich überhaupt noch  
„breit machen“ könnten.

Wo den Stimmführern ein besonders widertätiger  
Gegner aufstieg, hieben die Brechusaren nicht bloß auf ihn  
ein, sondern brandmarkten ihn als einen, der Geld vom  
Feinde genommen habe. Von der schwarz auf weiß hin-  
ausgesprochenen Beschuldigung, bestochen zu sein, blieb sogar  
Konstantin Franz nicht verschont. Die sauberen Gesellen  
urteilten nämlich nach sich selber. Da sie Geld nahmen,  
wo sie es finden, setzten sie Gleiches von anderen voraus,  
um so mehr, da sie sonst nicht zu begreifen vermochten, wie  
gescheute Männer für eine Sache einstehen, die ihnen klar-  
lich keinen Gewinn, wohl aber recht empfindlichen Schaden  
einbringt. Ramentlich slog die Verleumdung umher, der  
entgegengesetzt Schreibende sei von den Welfen bestochen,  
und eine Zeitung, die den Erfolgswandern unangenehme  
Wahrheiten zu schmecken gab, hieß „Welfenblatt“. Das ste

Scherrecht des hannoverschen Königs und des baltischen  
Kurfürsten sollte nicht mehr vorgehalten, gar nicht mehr er-  
wähnt werden, gleich als läge über ihm schon der Mober  
von Geschlechtern. Es ist richtig, daß eine Zeilung der  
Tätigkeit des Berliner Preßbureau ein „Welfenfonds“  
entgegenwirkte, besser deutsch gesprochen: daß der König von  
Hannover einigen Schriftstellern seines Anhangs Geld  
schickte, vielleicht auch einige Zeitungen unterstützte, damit  
sie sich seiner annahmen, allein in erheblichem Umfange ist  
dies keinesfalls geschehen, konnte auch bald aus dem jeder-  
mann einleuchtenden Grunde nicht geschehen, weil König  
Georg nicht mehr so viel Geld besaß, um viel für Preßzwecke  
auszugeben; entließ er doch im September 1870 verdiente  
Hofbeamte, die ihm in die Verbannung gefolgt waren, aus  
Ersparungsrücksichten. Wahrscheinlich ist, daß König Georg  
seit mehreren Jahren für Beeinflussung der Presse gar  
nichts ausgab. Gleichwohl mußte die Rede vom hannov-  
rischen Gelde im neuen Reich fort und zwar gerade seitens  
seiner, die aus dem „Welfenfonds“, nämlich dem wegge-  
nommenen Vermögen Georgs gefeist wurden.“

Das Welfische Buch ist vor 40 Jahren erschienen und  
seitdem ist es noch um vieles schlimmer geworden in bezug  
auf die politische Publizistik.  
Daß aber eine solche Zerlegung und Verderbnis der  
öffentlichen Meinung einreißten konnte, das lag wohl nicht  
allein an den großen kriegerischen Erfolgen Bismarck's und  
an den Machtmitteln, die ihm die Vermögen der vertre-  
benen Fürsten in die Hand legten, sondern zum guten Teil  
an einer weitverbreiteten geistigen Schwäche. Und diese  
oft bis zum Krankheitszustand gesteigerte geistige Schwäche  
ist es, die jene weitgehende Suggestion möglich macht, welche